



Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Preis vierteljährlich 3,- Mk. - Anzeigen: die dreispaltige Preisklasse 2,- Mk., Landes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. - Sämtliche Postankalten nehmen Abonnements an. Eingetragen unter obigem Titel im Post-Beitungsregister.

Wegen eines Ausstandes der technischen Angestellten in den Berliner Elektrizitätswerken erscheint diese Nummer verspätet.

Für die Woche vom 18. bis 24. September 1921 ist die Beitragsmarke in das mit 39 bezahlte Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

Mitteilungen des Verbandsvorstandes

Eine Mitgliederversammlung der Zahlstelle Halberstadt hat beschlossen, den Ortsbeitrag für alle Mitglieder auf 50 Pf. wöchentlich festzusetzen. Der Verbandsvorstand gibt hierzu seine Genehmigung. Der Verbandsvorstand, J. A.: E. Pucher, 1. Vorf.

Probation

Die ungeheure Not der Arbeiter und ihr Bestreben, das Elend nach Möglichkeit zu mildern, findet bei einem großen Teil der Arbeitgeber nur sehr geringes oder kein Verständnis. Die Entschädigung im Bundesauschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in der es heißt, "sich gegen die drohende Herabdrückung der Lebenshaltung mit aller Kraft zur Wehr zu setzen", hat die organisierten Unternehmer arg verschupst, da sie, wie in der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ zu lesen war, neue Lasten durch Lohnerhöhungen der schon schwer um ihre Existenz auf dem Weltmarkt ringenden Industrie nicht mehr zumuten dürfen. Die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ schiebt sich sogar berufen, nachdem sie festgestellt hat, daß die Forderungen der Arbeiter „aus rein volkswirtschaftlichen Erwägungen heraus unbedingt abgelehnt werden müssen“, an die Führer der Arbeiterorganisationen die „bringende Bitte“ zu richten, „im Interesse unseres Landes und Volkes nicht den Bogen zu überspannen und jetzt schon die Arbeitnehmer durch beratige Forderungen in scharfen Gegensatz zu den Arbeitgebern zu bringen und so den schwer erungenen wirtschaftlichen Frieden ab das ernsteste zu gefährden.“ Und an die Arbeitgeber richtet sie die Mahnung, nicht leichtfertig solche Forderungen zu bewilligen, sondern es als ihre Pflicht zu betrachten, sich diesen Forderungen gegenüber im Allgemeininteresse ablehnend zu verhalten.

Der Weisheit letzter Schluss aus diesen Darlegungen wäre, wie der „Der Zimmerer“ dazu bemerkt: „Die Arbeiterschaft muß im volkswirtschaftlichen Interesse auf jede Verbesserung ihrer Lebenshaltung verzichten; sie muß sich demüßigen, ihre Arbeitsleistung trotzdem noch ganz erheblich zu steigern; sie muß, um es drastisch auszudrücken, noch mehr arbeiten, weniger essen und mehr hungern; dadurch trägt sie zur Erhaltung des wirtschaftlichen Friedens und zur Gesundung unserer Volkswirtschaft bei.“

Eine offene Verhöhnung der Arbeiterschaft leistet sich aber das Zentralblatt deutscher Arbeitgeberverbände, indem es behauptet: Die Statistiken beweisen es, daß mit dem gegenwärtigen Lohn ein unberbeiteter Arbeiter oder ein Ehepaar ohne Kinder über reichlich auszukommen vermögen und sich noch teilweise in erheblichem Umfang einen Luxus erlauben dürfen. Der sichere Ruin der deutschen Volkswirtschaft kann nur auf Kosten der Lebenshaltung der deutschen Arbeiterschaft vermieden werden. Die „ernsten“ Gegenanträge der Unternehmer, die „auf reichlicheren Erfahrung und bestem, idealen Wissen basieren“, sind: Beseitigung des Achtstundentages, Ausbau der Akfordarbeit und Familiensysteme, Aufhebung der Zwangsarbeiterschaft auf dem Arbeitsmarkt.

Ist es da nicht ein Wunder, wenn bei diesem „Entgegenkommen“ der Unternehmer die deutsche Arbeiterschaft noch ruhig Blut behält? Volkswirtschaftlich muß man sich den Ausführungen des oben erwähnten Gewerkschaftsleiters anschließen. Wer den deutschen Arbeitern angesichts des Elends und der Not, das sie während der Kriegsjahre erlitten, angesichts des Mangels und der Entbehrungen, die sie während der Nachkriegszeit ertragen, keinen andern Rat zu geben weiß, als den

oben beschriebenen, dem muß sie nicht nur jeden guten Willen absprechen zur Besserung der Lage „unseres Landes und Volkes“, sondern ihn als ihren schärfsten Widersacher betrachten. Die Grundlage einer gesunden Volkswirtschaft ist eine gesunde und leistungsfähige Arbeiterschaft. Jede Volkswirtschaft muß in erster Linie darauf bedacht sein, diese grundlegende Voraussetzung zu schaffen. Die neue Feuerungswoge aber, die sich über das deutsche Volk ergießt, stellt die Ernährung der Arbeiter und ihrer Familien in Frage. Eine wirksame Erhöhung der Löhne war noch zu keiner Zeit so notwendig wie jetzt. Dieser Einsicht kann sich niemand verschließen. Wer das trotzdem tut, vergeht sich in unverantwortlicher Weise an dem Volksganzen.

Hinter der ablehnenden Haltung der Unternehmer gegenüber Lohnerhöhungen verbirgt sich natürlich eine ganz bestimmte Absicht, deren Verwirklichung für die Arbeiterschaft nicht minder gefährlich ist. Die Betonung der steigenden Arbeitsleistung verfolgt zunächst den Zweck, den Achtstundentag aufzuheben. Er ist den Unternehmern ein Dorn im Auge; seine Hinterrückung ist ihnen oberstes Gebot. Nicht umsonst sehen wir allüberall die krampfhaftesten Bemühungen der Unternehmer auf eine Verlängerung der täglichen Arbeitszeit, wenn auch erst nur vorübergehend. Es kommt dem Unternehmertum darauf an, erst einmal Presse zu legen, dann glaubt es die Bahn frei, um mit Hochdruck darauf hinzuwirken, seine Absicht ganz in die Tat umzusetzen. Diese Absicht muß zuhause werden. Die Arbeiterschaft wird den Achtstundentag als ihr höchstes Gut wahren und schützen und jeden Anschlag darauf in wirksamer Weise zu begegnen wissen. Hier ist mehr als je das Wort am Platze: Widerstehe dem Anfang!

Und weiter verbindet das Unternehmertum mit dem Verlangen nach gesteigerter Arbeitsleistung die Absicht der Einführung von raffiniert ausgeklügelten Arbeitsmethoden zum Zwecke verschärfter Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft. Auch diesem Begehren muß entschlossener Widerstand entgegengesetzt werden. Die Arbeiterschaft darf nicht dulden, daß mit ihrer Arbeitskraft wieder ein berättiger Raubbau wie vor dem Kriege getrieben wird; sie muß sich deshalb mit aller Schärfe gegen eine steigende Ausbeutung wehren. Hinter der Forderung, die Tarif- und Lohnpolitik von allen produktionshemmenden Bestimmungen freizumachen, steckt nichts anderes, als schrankenlose Ausbeutungsmöglichkeiten zu schaffen. Hierzu wird die Arbeiterschaft ihre Hand unter keinen Umständen bieten.

Gegenwärtig ist der Druck ausschließlich auf eine höhere Entlohnung zu legen. Sie muß erzwungen werden, wenn die Arbeiterschaft vor noch weiterer Verelendung bewahrt werden soll. Hier hat die gewerkschaftliche Selbsthilfe einzusetzen. Um ihren Erfolg ist uns nicht bange.

Sitzung des Verbandsvorstandes

vom 11. September 1921.

Durch Krankheit entschuldigt fehlt Kollege Horne. Als Gast nimmt Kollege Gloth an der Sitzung teil.

Einen großen Teil der Sitzung nimmt eine Aussprache über die nach dem letzten Schiedsspruch geführten örtlichen Bewegungen und die dadurch im Gewerbe geschaffene Situation ein, die zu einer bringenden Regelung auf dem Lohngebiet zwingt. Aus der großen Zahl der zur Tarifausschussung vorliegenden Anträge findet der Verbandsvorstand sehr beachtenswerte Vorschläge, wie die jetzigen großen Unterschieden in den Feuerungsanlagen ausgeglichen werden können. Nach sehr eingehender Besprechung, in der die Not der Hilfsarbeiterschaft besonders hervorgehoben wird, werden den Verhandlern zwar keine bestimmten Direktiven gegeben, ihnen aber dringend nahe gelegt, nichts unversucht zu lassen, was zur Besserung der überaus traurigen Lage der Mitglieder nützlich und förderlich ist.

Nach dieser Besprechung kommt der Vorstand zu einer eingehenden Stellungnahme unserer Lohnbewegungen im Steinbruchgewerbe, die bisher im allgemeinen günstige Resultate gezeigt haben. Eine für alle Kollegen und Kolleginnen zentrale Regelung soll angestrebt werden.

Ueber die mangelhafte Berichterstattung verschiedener Druckorte über die letzten Lohnbewegungen wird von den leitenden Verbandsmitgliedern lebhafteste Klage geführt. Es muß darauf hingewirkt werden, daß die Gewerkschaft und Geschäftsleiter bei allen Vorkommnissen im Gewerbe und in der Mitgliedschaft sofort berichten.

Kollege Gloth berichtet über die Reichsarbeitsverhandlungen im Schriftdruckergewerbe. Das Ergebnis dieser Verhandlungen ist bereits in der „Solidarität“ gewürdigt worden.

Der Ausschluß des Kollegen Krummrei hat eine Berliner Mitgliederversammlung beschäftigt (Bericht Nr. 37 der „Solidarität“). Der dort angenommene Antrag schiebt den statutarischen Bestimmungen entgegen. Ueber einen vom Verbandsvorstand vorgenommenen Ausschluß kann nur nach erfolgter Beschlüsse der Verbandsbeirat und schließlich der Verbandsrat entscheiden. Der Verbandsvorstand weist daher den Antrag der Berliner Ortsverwaltung in Bezug auf den Ausschluß Krummrei zurück.

Am dem Kongreß der kommunistischen Gewerkschaftsinternationale in Moskau hat ebenfalls der Kollege Kraas teilgenommen. Nach den vom Verbandsbeirat herausgegebenen Richtlinien beschließt der Verbandsvorstand den Ausschluß des Kollegen Kraas aus dem Verband auf Grund § 12 Absatz b und c.

Eine Gehaltsregelung der Berliner Angestellten wird auf deren Antrag nach Begründung des Kollegen Gloth in diesem Sinne entschieden.

Dem Verbandsvorstand liegt eine große Anzahl Anträge vor, die auf eine wesentliche Erhöhung der Streikunterstützung hinführen. Sie geben dem Verbandsrat die Veranlassung zu Ausführungen über die jetzigen Unterstützungsbedingungen und Kassenverhältnisse. Auch er ist nach Lage der jetzt im Gewerbe bestehenden Situation der Ansicht, daß die Streikunterstützung erhöht werden muß. Er hält eine Erhöhung um mindestens 60 Prozent für angebracht und notwendig. In einer längeren Debatte werden die Ausführungen des Verbandsratlers anerkannt, dabei allerdings auch auf die Notwendigkeit hingewiesen, daß sich durch eine wesentliche Erhöhung der Streikunterstützung, vielleicht durch Schaffung eines Kampffonds, eine Erhöhung der Beiträge nicht umgehen lassen wird. Der Verbandsvorstand kommt zu dem Beschluß, grundsätzlich der Schaffung eines Kampffonds zuzustimmen und beauftragt den Kollegen Lohahl, die dazu notwendigen Erhebungen zu veranlassen, die der nächsten Beiratsitzung vorgelegt werden sollen. Der Beirat wird sich auf dieser Tagung auf Antrag der Verbandsangestellten auch mit einer Gehaltsregulierung zu befassen haben.

Eine ganze Reihe von Kassen- und Verwaltungsangelegenheiten sowie Unterstützungsgeheuche finden dann ihre Erledigung.

Ueber die Auszahlung der Wirtschaftsbeihilfe an unsere Kolleginnen im Buchdruck ist es in einzelnen Orten zu Unstimmigkeiten mit den Prinzipalen gekommen. Eine erbgültige Erledigung der kritischen Angelegenheit wird in kommender Woche erfolgen.

Nach achtkündiger Dauer findet die Sitzung ihr Ende.

Kritisches zum Industrieverband

In letzter Zeit tritt immer häufiger die Forderung nach dem Industrie-Verband in den Vordergrund der Erörterungen in der graphischen Presse. Es bedarf keiner Frage, daß große Industrieverbände und darüber hinaus, konsequent weiter gedacht, alles umfassende Arbeiterverbände machtvolle Gebilde sein müßten, wenn — und jetzt kommt das große „wenn“ — es überhaupt in Zukunft möglich sein wird, durch große Streiks mehr Erfolge zu erzielen, als es heute bei den Teilverbänden der Berufsverbände der Fall ist. Ich wage das zu bezweifeln, es ist ein ganz einfaches Rechenexempel, festzustellen, daß bei heutigen Lohnniveaus der Erfolg nie dem Einfluß entspricht. Und somit komme ich auf den Kern der Sache, nicht Industrieverbände sind das Mittel, mit dem der Arbeiterschaft geholfen werden kann, sondern die Ergründung der Macht im Staate durch die Arbeiterschaft kann dem Proletariat das Recht auf gutes Leben und alle Kulturgüter bringen, die es verlangt und die es gebraucht, um die Menschheit zu wirklich freien Menschen zu machen. Nicht neue Gebilde, die nach kurzer Zeit ihres Bestehens sich als viel zu komplizierte Apparate herausstellen werden, sondern ein neuer Geist muß in der Arbeiterschaft die Herrschaft erlangen; wir müssen uns frei machen von allem kleinlichen Parteigeiz, wir müssen die Leiber noch viel zu große Masse der teilnahmslosen Volksgenossen zu Sozialisten erziehen, nicht zu Parteisozialisten, sondern zu Genossen, die mit dem Herzen für die große Idee

eintreten. Dann wird kein Unternehmer mehr imstande sein, die Arbeitskräfte auszubehalten, dann wird die Sozialisierung zur Selbstverständlichkeit. Das ist eben das große Uebel, vor dem wir für die Sozialisierung nicht voran, weil die Menschen für die Sozialisierung nicht reif sind, weil sich so viele Volksgenossen unter Sozialisierung etwas vorstellen, was niemals Wirklichkeit werden kann.

Ich meine nicht Dich, Kollege oder Kollegin, die Du diese Zeilen liest, sondern ich meine die großen Massen, die niemals in Versammlungen, wo über diese Fragen gesprochen wird, gehen, die lieber billigen und zum Teil schmutzigen „Bergnügungen“ nachgehen, die lieber für einen pervertierten Film 6 Mk. opfern, als daß sie ihren Gewerkschaften, denen sie meistens nur zwangsläufig angehören, eine Beitragssteigerung zugestehen.

Das ist auch so ein Kapitel für sich, der Ruf nach machtvollen Kämpfen auf der einen Seite, und die unzulängliche Ausbringung der Mittel dazu auf der andern Seite. Doch davon wollte ich eigentlich nicht schreiben. Es ist die tragische Schuld der Arbeiterklasse, daß sie damals bei Ausbruch der Revolution mehr in den Sünden der Vergangenheit wühlte, als den Willen in die Zukunft zu richten. Dadurch kam erst die Zersplitterung, die der Arbeiterklasse zum Verhängnis geworden ist. Jetzt kommt der Ruf an die Gewerkschaften, in denen angeblich die Einigkeit noch herrscht. Ich sage, der Widerspruch der Meinungen ist in den Gewerkschaften ebenso groß als in den Parteien, die Gewerkschaften haben in ihren Reihen Mitglieder aller Parteizustimmungen, und in dem Moment, da sich die Gewerkschaften mit hochpolitischen Fragen zu beschäftigen anfangen, wird der Ruf auch durch die Verbände gehen. Das ist ja eben das Furchtbare, vor lauter Prinzipien rutschen wir immer mehr in die alten Zustände der Vorkriegszeit zurück.

Ich bin mir darüber klar, daß die Gründung von Industrieverbänden die Arbeitermassen wieder politisch zusammenfassen soll, warum aber erst neue Organisationen schaffen, wenn man schon bei gutem Willen in der Lage ist, durch Einigung der Arbeiterparteien ein Instrument zu schaffen, so machtvoll und stark, daß dieser Einheitspartei niemand widerstehen kann. Haben wir uns aber erst als Arbeiter das Maß der politischen Macht verschafft, das wir gebrauchen, dann wird es uns ein leichtes sein, auch den Verwaltungskörper in unserem Sinne umzustellen, und dann wiederum brauchen wir keine Industrieverbände mehr, denn die Voraussetzungen für solche Kampforganisationen sind ja dann, wenn wir die Macht im Staate haben, nicht mehr gegeben. Im Gegenteil, dann sind Berufsorganisationen gerade die erstrebenswerten Einrichtungen, durch die berufstechnische Fragen jeder Art am besten gelöst werden können. Denn darüber müssen wir uns auch im Klaren sein, auch in sozialistisch verwalteten Staaten sind Gewerkschaften eine zwingende Notwendigkeit.

Nun wird man mit Recht sagen, wir sind ja noch lange nicht so weit; ich weiß das, und fordere daher ja auch nur, daß nicht durch Neugründung von Organisationen, die sich am grünen Tisch bald schaffen lassen, sondern durch geistige Durchdringung der teilnahmslosen Massen der Boden der Neuzeit bereitet werden muß. Alle diejenigen, die glauben, daß durch einen graphischen Einheitsverband die wirtschaftliche Lage der Berufsangehörigen mehr gehoben werden kann als durch die jetzt bestehenden Berufsverbände, geben sich Illusionen hin. Der größeren Masse der Arbeitnehmer steht denn auch eine größere Masse der Arbeitgeber gegenüber und im Endeffekt wird stets dasselbe herauskommen. Von Grund auf muß das Uebel beseitigt wer-

den, und nur durch Umstellung der kapitalistischen Wirtschaft zur sozialistischen Wirtschaft wird es möglich sein, die Arbeiterklasse aus ihrem Hungerdasein herauszuführen. Das bedingt aber wiederum Aufrüttelung der Masse aus ihrer Lethargie, Erziehung zum Sozialismus! Man mag an dieses Problem herangehen wie man will, man kommt um meine letzte Forderung nicht herum! Ich betone noch einmal, wir haben, wenn die Einigung der Arbeiterklasse vollzogen ist, in dieser machtvollen Arbeiterpartei das Mittel zum Kampf gegen den Privatkapitalismus, wir haben in den Gewerkschaften heute schon die Interessenvertretung der einzelnen Berufsgruppen, lassen wir daher diese Gewerkschaften bestehen, und schaffen darüber hinaus eine geschlossene einige Arbeiterpartei, dann gehört uns die Zukunft!

Sei eine Hilfe.

Wie weit gehen die Befugnisse der Betriebsräte?

Eine Frage der Praxis.

Nach Artikel 165 der Reichsverfassung sind die Arbeiter und Angestellten dazu berufen, gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken. Damit ist die Betriebs- und Wirtschaftsdemokratie grundsätzlich festgelegt und die bisherige Unternehmer-Autokratie gesetzlich beseitigt worden. Selbstverständlich hat sich das Unternehmertum gegen das Mitbestimmungsrecht der Arbeiterklasse hartnäckig gestraut, und auch heute ist dieser innere Widerstand noch nicht überwunden, aber im allgemeinen hat es sich, „der Not gehorchend“, nicht dem eigenen Triebe“, mit dem neuen Zustand abgefunden. Mein theoretisch könnte damit die Sache erledigt sein, wenn nicht in der Praxis die schwerwiegende Frage auftaucht, wie weit und auf welche Angelegenheiten sich das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte erstrecken soll. In der Tat ist der Kampf um die Grenzgebiete zwischen den Befugnissen der Betriebsräte und denen der Betriebsräte auf der ganzen Linie entbrannt und wird mit großer Schärfe geführt. Es handelt sich eben um die praktische Verwirklichung der Betriebsdemokratie, um die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

Wie uns die Erfahrung lehrt, kommt es überall, wo zwei gleichberechtigte Personen oder Gruppen zusammenarbeiten, zu gegenseitigen Reibungen über die Frage, wie weit die Befugnisse des einen oder des anderen Teiles gehen soll. Diese Reibungen bezeichnet man mit dem Namen Kompetenzkonflikte. Wir beobachten sie z. B. in Genossenschaften zwischen Vorstand und Aufsichtsrat, in Gewerkschaften zwischen Vorstand und Ausschuss, auf dem Gebiete des Schulwesens zwischen Elternrat und Lehrerrat, im politischen Leben zwischen Regierung und Parlament, Arbeitsministerium und Reichswirtschaftsrat. Diese Kompetenzkonflikte nehmen manchmal eine große Schärfe an und können schließlich notwendige Zusammenarbeiten, weshalb man sich bemüht, die Kompetenz (Befugnis) gegenseitig möglichst genau abzugrenzen. Es werden Bestimmungen darüber getroffen, welche Rechte und Pflichten jedem Beteiligten zustehen.

In diesem Sinne hat das Betriebsrätegesetz versucht, die Aufgaben der Betriebsräte zu umschreiben, ein Versuch, der selbstverständlich noch nicht abgeschlossen ist, weil in der Praxis (bei der Einsicht in die Bilanz,

die Mitwirkung der Betriebsräte im Aufsichtsrat einer Gesellschaft usw.) immer neue Kompetenzkonflikte auftauchen. Grundsätzlich unterscheidet das Gesetz zwei ganz verschiedene Aufgaben, die es den Betriebsräten zuweist: die Interessenvertretung der Arbeitnehmer im Betriebe und die Unterstützung der Betriebsleitung zur Erzielung hoher wirtschaftlicher Leistungen. Es weist einerseits den Betriebsräten die Aufgabe zu, für geregelte Lohn- und Arbeitsbedingungen zu sorgen, die Durchführung der Arbeiterschutzgesetze zu überwachen, die Unfall- und Gesundheitsgefahren zu bekämpfen, die Kriegs- und Unfallbeschädigten zu betreuen, die Arbeitnehmer gegen willkürliche Entlassung zu schützen, andererseits überträgt es ihnen die Aufgabe, den Betrieb wirtschaftlich zu gestalten, ihn vor Erschütterungen zu bewahren, bei der Einführung neuer Arbeitsmethoden mitzuwirken sowie dafür zu sorgen, daß es im Betriebe ordentlich und gerecht hergeht.

Diese Aufgaben, die sich auf dem Papier sehr gut ausnehmen, sind in der Praxis nur sehr schwer zu lösen. Das Wort Aufgabe schließt ja zweierlei in sich: ein Recht und eine Pflicht. Wer eine Aufgabe zu erfüllen hat, hat die Pflicht, alles das zu tun, was zur Erfüllung dieser Aufgabe zweckdienlich erscheint, er hat aber auch das Recht, alle die Mittel anzuwenden und alle die Wege einzuschlagen, die die Erfüllung dieser Aufgabe ermöglichen. Wenn also ein Betriebsrat die Pflicht hat, die Interessen der Arbeitnehmer zu wahren und gleichzeitig den Betrieb wirtschaftlich zu gestalten, so muß ihm auch notwendigerweise das Recht zustehen, nach bestem Wissen und Gewissen alle jene Maßnahmen zu ergreifen, die er zur Erreichung seines Zweckes für erforderlich hält. Er hat demnach ganz folgerichtig Rechtsansprüche an die Betriebsleitung zu stellen, damit er seine Pflicht erfüllen kann. Hier stoßen wir auf den Gegensatz zwischen kapitalistischem und proletarischem Recht, auf den weitgeschichtlichen Rechtskonflikt zwischen Kapital und Arbeit, hier wiederholt sich der unvermeidliche Kampf, der sich überall abspielt, wo sich ein neues Recht durchsetzen und das alte Recht beseitigen will. Betrachten wir die Sachlage einmal genauer. Theoretisch sind Betriebsleitung und Betriebsrat gleichberechtigt, daher kommt es zwischen ihnen fortwährend zu Kompetenzkonflikten, faktisch hat die Betriebsleitung insoweit der wirtschaftlichen und geistigen Machtmittel noch immer das größere Recht auf ihrer Seite, und wenn der Betriebsrat das wirtschaftliche Mitbestimmungsrecht, die faktische Betriebsdemokratie, durchsetzen will, so muß es notwendigerweise zu einem ähnen, erbitterten Kampfe kommen, um die Frage, wo sich die Grenzgebiete befinden zwischen dem alten Recht der Arbeitgeber und dem neuen Recht der Arbeitnehmer. Dieser Kampf, der auf der ganzen Linie entbrannt ist, drückt unserem Wirtschaftsleben seinen Stempel auf.

Überall, wo ein neues Recht mit dem alten kämpft, beobachten wir, daß die Inhaber des alten Rechts an ihrem Besitz kämpfhaft festhalten und auch nicht ein Zentimeter davon abgeben wollen. Umgekehrt sind die Vorämpfer des neuen Rechts kämpfhaft bemüht, ihre Rechte ständig zu erweitern und immer tiefer in das Rechtsgebiet einzudringen, das ihnen bislang verschlossen war. In unserem Falle heißt das, daß Unternehmern bzw. Betriebsleitung nach wie vor möglichst viel von ihrem bisherigen Alleinbestimmungsrecht zu retten suchen, während die Betriebsräte nach einer fortwährenden Erweiterung ihrer Rechte streben. In jedem einzelnen Falle, in dem der Betriebsrat sich in eine Angelegenheit des Betriebes mischt, die die Leitung bisher selbstständig geregelt hat, ertönt der Ruf: „Laßt eure

Zante Klara

(Nachdruck verboten.)

Sin und wieder schaute sie den Weg bis zum äußersten Pfosten nicht und stellte sich bei Köhler ein. Vorzugsweise an den Tagen, an denen sie ihre vierteljährlichen Zinsen von der Bank holte. Dann verließ sie schon am Morgen ihre kleine Villa in einem westlichen Vorort und dampfte nach Berlin.

„Ach Du, Klara!“ sagte Frau Köhler, wenn die behäbige Gestalt ihrer Schwester mit dem blühenden roten Gesicht in dem Türschwamben erschien. „Ach Du. Ja. Dann komm nur herein.“ Und auf dem Korridor folgte sie entschuldigend hinzu: „Ich bin noch nicht so ganz in Ordnung mit der Wohnung.“ Sie seufzte. „Die Kinder. Du weißt ja.“

Dann erschien ein wohlwollender Zug auf dem Antlitz der Zante Klara: „Laß nur.“ Und nachdem sie ihren pelzgefütterten Mantel abgelegt und so aufgeschlossen hatte, daß das Futter recht sichtbar wurde: „Ich bin schon seit zwei Stunden unterwegs. Was ich fortliegend von Haus, war bei mir schon alles vorgeplant.“

„Du hast ein Mädchen.“

„Gewiß. Aber dreimal so viel Zimmer wie Du. Glaube nur nicht, daß ich stille sitze. Ich arbeite auch.“ Und sie redete selbstgesprächhaft die straffen Arme, daß die Nähte der seidnen Bluse knackten. „Wo sind denn die Kinder? Ach, ich höre sie schon. Da nebenan.“ Sie öffnete die Kammertür: „Nun kommt mal heraus, ihr Kanten!“

„Hier waren's, die teils schüchtern, teils neugierig hereintrottelten. Die Kleinste, das siebenjährige Lieschen, rief föhlich: „Ach, die Zante Klara! Hast Du uns was mitgebracht?“

„Geht nicht ungezogen,“ mahnte die Mutter.

„Ja.“ Zante Klaras Gesicht nahm einen lehrhaften Zug an. „Das mußst Du den Kindern abgewöhnen, Anna. Es macht einen schlechten Eindruck.“ Sie zog mehrere Ditten aus der Tasche. „Selbstverständlich komme ich nicht mit leeren Händen. Daß ich jetzt wäre,

kann mir niemand nachsagen.“ Sie wandte sich zur Schwester: „Aber wachsen könntest Du sie erst einmal, Anna.“

Die kleine Frau Köhler machte eine Verzweiflungsgeste. „Die sind heute natürlich schon mal gewachsen. Aber Du glaubst nicht, wie schnell sie sich wieder einschmühen.“

„Das mußt Du ihnen abgewöhnen. Kommt mal mit in die Küche!“ Und Zante Klara zog warmes Wasser aus dem Kessel in die Waschküchle, nahm Schwamm und Seife und reinigte eigenhändig sämtliche Kofnasschen. Dann verteilte sie die Ditten, ernstliche und sehr betonte Mahnungen als Zugabe spendend: „Süßlich einteilen! Nicht so drüber herfallen wie die Wölfe!“ Immer nur einen Bonbon nehmen. Nicht manierlich.“ Und zur Schwester: „Du mußt den Kindern Mäßigung angewöhnen. Erstens ist es gesund, und dann kommt der Mensch dabei auch zu etwas.“

Frau Köhler haunerte am Herbe. Sie antwortete nicht, weil sie es schon gewohnt war, daß ihre Schwester bei jedem Besuch vier Ditten und vierzig Knackbrot mitbrachte. „Du mußt schon entschuldigen, daß ich nicht mit Dir in der Stube sitzen kann. Aber kurz nach zwölf kommt mein Mann. Da muß das Mittagessen parat sein. Er hat kaum eine Viertelstunde dazu.“

„Verfüm Dich nicht. Man muß stets erst seine Pflicht tun, dann alles andere. Außerdem sitz ich bei mir zu Haus auch nicht immer im Salon und stehl dem Herrgott die Zeit ab. Mußt Du nicht glauben. Gestern erst hab ich meine Kochtöpfe selbst geschneuert. Die Mädchen machen's nur halb.“

„Du müchtest dann wohl auch etwas essen? Brot ist ja da, auch ein Rest Käse. Aber sonst —? Gähle ich getraut, daß Du kommst.“

Zante Klara erhob sich in voller Blüde: „Liebe Schwester! Tu Deine Arbeit und mach Dir keine Kopfwehmerzen meinetwegen. Ich habe natürlich alles bei mir. Etwas Brot und Butter allenfalls, wenn Du hast.“

Und während Frau Köhler den Küchentisch mit einer schneeweißen Decke belegte, was sonst nur an den Sonntagen geschah, raufte Zante Klara in die Stube,

holte ihr Handtäschchen und entnahm ihm diverse Delikatessen. Diese verteilte sie auf verschiedene Keller, bat sich eine Serviette aus, die sie um den Hals knote und begann zu frühstücken, wobei die Kinder nicht leer ausgingen. „Das schmeckt Euch, wie?“ „So etwas bekommt ihr nicht oft zu sehen, was?“ „Da, Du kleiner Schnabel, probiere mal, wie Lachs schmeckt.“ Und ganz unvermittelt während des Essens zur Schwester: „Ich habe nämlich heute meine Zinsen geholt.“

Frau Köhler seufzte unwillkürlich: „Du Glückselige!“

„Ja.“ Die Dienetote lächelte selbstbewußt. „Wie man sich bettet, so liegt man, liebe Schwester. Was ich hab', hab' ich aus eigener Kraft.“ Zante Klara konnte sich beträchtlich. „Und Du? Ra ja. Dein Mann ist former.“ Sie hielt inne — und sandte so hinterher: „Ich begreife das heute noch nicht.“ Dabei winkte sie mit dem Messer vor sich hin.

Die Schwester schluckte einige Male in sich hinein. Aber sie konnte's doch nicht verwinden. Darum erwiderte sie heftig: „Meine Ehe, meinen Mann laß in Ruhe, ja? Ich lausch noch nicht mal mit Dir. Nicht ein einziges Kind hast Du!“ Sie lachte ironisch auf: „Aus eigener Kraft! Na ja. Wirtschaftlerin bei einem alten reichen Herrn hätte ich ja auch am Ende noch werden können.“

„Nun — und?“ Zante Klara trat zu ihr. „Glaubst Du etwa, ich habe mir etwas vergeben?“

„Ree.“ Frau Köhler aucte die Achseln. „Du warst schlauer als die andern. Hast Dich heiraten lassen. Jetzt ist Dein Alter tot und Du siehst kein da. Hast weiter nichts zu tun, als anderen gute Lehren zu geben.“

„Die guten Lehren hab ich an mir selbst erprobt! Schwester, ich sag Dir: der Mensch muß Grundfänge haben! Danach seit Leben einrichten. Dann wird's ihm wohl gehen. Aber Ihr lebt so in den Tag hinein. Keine Regel, keine Ordnung, keine rechte Einstellung.“ Sie ging beleibt zum Tisch und räunte ihn ab.

Frau Köhler rührte in ihrem Kochtopf und schloeg. Erst nach einer Pause sagte sie: „Wirtschafte Du mal an meiner Stelle.“

Zante Klara schüttelte das Tischuch aus. „Siehe Schwester! Ich hab schon mit wenigerem getwilt“

...daß davon weg, ihr überschreitet euer Recht und eure Pflichten, wenn ihr mitbestimmen wollt in Dingen, in denen ihr allein zu bestimmen haben!" Diese Erfahrung wird jeder Betriebsrat sicherlich schon mehr als einmal gemacht haben, dieses Klammern der Leitung allen Recht gegenüber dem neuen, werdenden Recht des Betriebsrates ist die ununterbrochen strubelnde Quelle von Reibungen und Streitigkeiten, von Mißgunst und Erbitterung. Aber wie soll diese Quelle trocknen, wie soll ein praktisches Zusammenarbeiten ermöglicht werden?

Da es sich um eine Frage der Praxis handelt, so können theoretisch aufgestellte Richtlinien nur wenig helfen. Auch Gesetzesparagrafen, die die gegenseitigen Rechte und Befugnisse gegeneinander abgrenzen sollen, sind in der Praxis ohne große Bedeutung. Es kommt also weniger darauf an, daß dem Betriebsrat möglicherweise Rechte gesetzlich verliehen werden — das natürlich nötig ist —, die Hauptsache ist, daß der Betriebsrat die Macht besitzt, von den ihm zustehenden Rechten Gebrauch zu machen und sich neue Rechte zu verschaffen. Jedes Recht beruht auf der entsprechenden Macht, jeder Mensch und jede Gruppe hat nur soviel Macht, wie weit sich ihre Macht erstreckt, und so wird auch das Recht der Betriebsräte bestimmt durch die Macht, die sie in sich verkörpern. Nun beruht hinlänglich jede Macht auf verschiedenen Faktoren, es gibt die körperliche, geistige, sittliche, politische, wirtschaftliche und organisatorische Macht, jede einzelne Macht ist mehr noch die Zusammenfassung verschiedener Machtquellen bildet den Boden, auf dem das Recht erstarkt. So verhält es sich auch auf dem Gebiete der Betriebs- und Wirtschaftsdemokratie. Ein Betriebsrat wird erst dann instande sein, sein Recht auszuüben, wenn er zu einer Macht geworden ist, mit der Unternehmer und Betriebsleitung rechnen muß.

Daraus ergibt sich folgende Forderung: Die Mitglieder eines Betriebsrates müssen sach- und fachkundig, sittlich und geistig hochstehende, charakterfeste, in jeder Beziehung tüchtige Menschen sein, sie müssen bereit sein von einem guten Geiste und einem festen Willen, sie müssen sämtliche Kollegen und Kolleginnen des Betriebes hinter sich haben, sie müssen in sich selbst einig sein und eine geschlossene Einheit bilden, sie müssen auch an ihrer gewerkschaftlichen Organisation einen Anhalt haben. Ein Betriebsrat, der eine solche Macht in sich verkörpert, kann sein Recht ausüben und sich neue Rechte erkämpfen.

Aus unserer Bewegung im Steindruckgewerbe

München.
Am Dienstag, den 6. September, fand in München eine überfüllte Versammlung der in den Münchener Steindruckereien beschäftigten Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen statt, in welcher Kollege Schmeier über die neuen Lohnzulagen berichtete.

Laut Ortsrat, der mit dem Verein Münchener Lithographen- und Steindruckereibesitzer mit unserem Verband abgeschlossen wurde, erhalten die Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen 40—85 Proz. von den jeweiligen Gehaltszulagen.

Die neuen Zulagen für das Hilfspersonal gestalten sich ab 1. September folgendermaßen:

- a) männl. verh. Hilfspersonal über 24 Jahre ab 1. September bis 15. Oktober pro Woche 34.— M., ab 16. Oktober bis 30. November pro Woche

„Schafftet! Ich finde mich eben in jeder Lebenslage zu recht. Darum ist's mir auch immer gut gegangen, während Du aus den Sorgen und Unannehmlichkeiten nie heraus kommst.“ Sie setzte sich auf einen Küchenstuhl am Fenster, schlang die Arme ineinander und lachte halb selbstgefällig, halb selbstbewußt: „Oh — ich! Da kann kommen, was da will! Ich fürchte mich vor gar nichts!“

„Hast es ja auch nicht nötig. Bist ja gesichert gegen alles.“

Die Treppentür ging, und Köhler trat ein. So, wie er von der Arbeit kam, frischig gewaschen, Ausburen an den Händen, im Gesicht, „Tag, Anna!“ Er gab seiner Frau einen Kuß. „Der färbt ab. — Tag, Schwägerin. Na, hast Dich mal wieder verlaufen? — Tag, Kinder.“

„Im Nu stand das Essen auf dem Tisch. Hastig machte sich Köhler darüber her. Und so zwischendurch meinte er zum Besuch: „Du siehst recht gesund aus, Tantchen.“

Tante Klara reichte sich schon wieder. „Ja. Ich war acht Wochen in der Schweiz. Aber Du kommst mir blaß vor. Ihr alle überhaupt.“

Köhler lachte: „Sm. Wir waren Sonntags in Altdorf.“

„Ach, das Reisen macht's nicht.“ Tante Klara wurde eifrig. „Bermühtig leben ist die Hauptsache. Zum Beispiel: das häßliche Essen, Schwager, das taugt nichts.“

Frau Köhler meinte: „Das mußt Du Dir abgewöhnen, Heinrich.“

Der war schon mit der Mahlzeit fertig. Er kramte sich lächelnd das Haar und sah beunruhigt halb seine lächelnde Frau, halb die Schwägerin an. Dann sagte er: „Weißte, Tantchen, Dich wählen wir in 11 Arbeiterauschuß. Wenn Du reißt, wird die Direktion zahm. Sicher. Na, adios, Ihr alle.“ Er stürzte fort.

Tante Klara ging gleich hinter ihm. Vorher aber ließ sie ihrer Schwester noch die traurige aber unumstößliche Wahrheit da: „Manche Leute werden eben nie klug.“

- 42.50 M., ab 1. Dezember bis 31. Dezember pro Woche 51.— M.,
- b) männl. Hilfspersonal ledig unter 24 Jahren ab 1. September bis 15. Oktober pro Woche 30.— M., ab 16. Oktober bis 30. November pro Woche 37.50 M., ab 1. Dezember bis 31. Dezember 45.— M.,
- c) Einlegerinnen und Bogenfängerinnen ab 1. September bis 15. Oktober 22.— M., ab 16. Oktober bis 30. November 27.50 M., ab 1. Dezember bis 31. Dezember 33.— M.,
- d) Sonstige Hilfsarbeiterinnen ab 1. September bis 15. Oktober 20.— M., ab 16. Oktober bis 30. November 25.— M., 25.— M., ab 1. Dezember bis 31. Dezember 30.— M.,
- e) Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen unter 18 Jahren ab 1. September bis 15. Oktober pro Woche 16.— M., ab 16. Oktober bis 30. November pro Woche 20.— M., ab 1. Dezember bis 31. Dezember 24.— M.

Die Diskussion gestaltete sich sehr lebhaft und besonders die verheirateten Kollegen klagten darüber, daß durch diese prozentualen Zulagen die Spannung gegenüber den Löhnen der Gehilfen eine immer größere wird und auf die Dauer nicht mehr haltbar ist. Wenn schon ein Unterschied zwischen den Grundlöhnen angedacht erscheint, so kann und darf das bei Zulagenzulagen nicht der Fall sein, denn für den Hilfsarbeiter existiert die Zulagen genau so, als wie für den Gehilfen, und kein Hilfsarbeiter erhält die Lebensmittel billiger, weil er weniger an Zulagenzulagen erhält.

Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten schloß der Vorsitzende die sehr gut besuchte Versammlung.

Aus unseren Zahlstellen

Berlin. Eine Versammlung der Schriftgießerei- und -arbeiterinnen am 30. August nahm Stellung zu dem neu abgeschlossenen Reichstarif für das Schriftgießerei-Personal, deren endgültige Annahme oder Ablehnung durch Urabstimmung entschieden werden soll. Aus dem Vortrag des Berichterstatters ist zu entnehmen, daß auch die Leipziger Messinglinienarbeiter erklärt haben, die neu festgelegten tariflichen Bestimmungen für sich bindend anzuerkennen. Als Kuriosum aus den Verhandlungen wurde angesehen, daß diejenigen Arbeiter als Gelehrte von den Unternehmern betrachtet werden, die den Schriftgießereiarbeitern nicht selbst erlernt haben, jetzt aber in Schriftgießereien arbeiten und in einem andern Handwerk (Schulter oder Wäcker) ausgebildet wurden. In die Reihe müssen diese Kollegen allerdings in den Schriftgießereien bei den sogenannten angelernten Arbeitern gehen, die nur als Hilfsarbeiter gelten und als solche bezahlt werden. Auch die Firma Schelter u. Giesele wird den Tarif anerkennen müssen, wenn die Mehrheit der Prinzipale sich für die Annahme des Tarifes entscheidet. Der neue Tarif soll Geltung bis zum 31. Dezember 1923 haben. In dem Bericht über die Reichstarifverhandlungen (in Nr. 35 der „Solidarität“ veröffentlicht) sind einige Irrtümer enthalten, die hier berichtigt werden sollen: Bei der Konfultation eines Arztes wird den Gehilfen und Hilfsarbeitern die verstaumte Zeit bis zu zwei Stunden bezahlt. Im Erkrankungsfall erhalten sie während der Krankentage nicht das Krankengeld, sondern den Mindestlohn. Der Stundenlohn für Arbeiter bis zu 15 Jahren beträgt nach den neuen Vereinbarungen 2 M., bis zu 16 Jahren 2,30 M., bis zu 18 Jahren 2,80 M. Eine Neuregelung der Löhne wird in der ersten Oktoberwoche vorgenommen werden. Die versammelten Gehilfen und Hilfsarbeiter der Schriftgießereien Berlins erklärten sich nach kurzer Aussprache, in der allerdings auch das Verhandlungsergebnis scharf kritisiert wurde, mit der Tätigkeit der Tarifkommission gegen eine kleine Minderheit einverstanden.

Karlsruhe. In der Mitgliederversammlung am 31. August wurde zuerst der Rechenschaftsbericht zur Kenntnis der Mitglieder gebracht. Kollege Rieger gab dann den Situationsbericht. Im Steindruck wurde eine zehnprozentige Lohnerhöhung Ende Juli durchgeführt, die am 15. August zur Auszahlung kam. Eine zweite Lohnerhöhung soll im Oktober in Kraft treten. Ueber die Lohnzulagen im Buchdruck wurde von den Kollegen und Kolleginnen, die in Buchdruckereien beschäftigt sind, besonders scharf Kritik geübt, da hauptsächlich die älteren Kollegen schon jetzt weit unter den im Steindruck üblichen Löhnen arbeiten müssen. Besonders wurde betont, daß man mit der ungenügenden Wirtschaftshilfe nicht mehr auskommen könne. In einzelnen Betrieben sind Lohnerhöhungen durchgeführt worden, jedoch kamen dort nur besondere Liebhaber der Betriebsinhaber in den Genuss dieser Zulagen. Gegen das unbilligste Vorgehen dieser Betriebe nahm die Versammlung Entschlossenheit. In einer einstimmig angenommenen Entschließung wird der Verbandsvorstand ersucht, bei der am 19. September stattfindenden Tarifauschüßung für das Hilfspersonal eine mindestens 15 prozentige Lohnerhöhung durchzusetzen. Die Mitglieder der Zahlstelle Karlsruhe hoffen, daß die Verhandlungskommission in ihren Forderungen fest bleibt. Die tatkräftigste Unterstützung der organisierten Hilfsarbeiterschaft von Karlsruhe wird zugeagt. Den Rest der Versammlung bildete ein Vortrag des Kollegen Rieger über den Kampf der Gewerkschaften gegen die Verelendung der Arbeiterklasse. Der Vorsitzende gab einen historischen Rückblick hauptsächlich über die Bestrebungen der graphischen Verbände zur Fehung der wirtschaftlichen Lage ihrer Mitglieder. Nach dem sehr beifällig aufgenommenen Vortrag wurde noch bekannt gegeben, daß ab 1. Oktober die niedrigste Beitragsklasse aufgehoben

werden soll. Hier nahm in einer sehr gut besuchten Versammlung die Kollegenschaft Stellung zu den Schiedssprüchen und erklärte sich unter den gegebenen Verhältnissen für die Annahme der Schiedssprüche, erklärte aber, daß bei den nächsten im September stattfindenden Verhandlungen ein größeres Entgegenkommen seitens der Prinzipalität gezeigt wird.

Rundschau

Die Lohnverhandlungen im Steindruckgewerbe haben am 3. September zu einer Einigung geführt. Die Gehilfenschaft hatte eine Forderung auf Erhöhung der Mindestlöhne von 80 M. gestellt. Auch im Steindruckgewerbe ist es offensichtlich zu drücklichen Bewegungen gekommen, die der 14 stündigen Verhandlung allerdings nicht förderlich waren. Das Verhandlungsergebnis sieht auf die am 1. September bestandenen Wochenlöhne folgende Zulagen vor:

- Für Gehilfen unter 24 Jahre vom 1. September 30 M., vom 16. Oktober 40 M., vom 1. bis 31. Dezember 50 M.; für Gehilfen über 24 Jahre vom 1. September 40 M., vom 16. Oktober 50 M., vom 1. bis 31. Dezember 60 M.

Bei Arbeitszeitverkürzung wird die Zulage anteilig verrechnet.

Vertikale Verhandlungen sind während der Dauer der Vereinbarung nicht gestattet. Die Kollegenschaftsleitung der Lehrlinge ist um 10 M. in der Woche berechtigt erhöht worden, daß dort wo schon auf die bestehenden Fälle Aufschläge gezahlt werden, diese bis zu 10 M. aufgerechnet werden können. Die Mindestentschädigung für Lehrlinge beträgt also: im 1. Lehrjahre 30 M., im 2. Lehrjahre 40 M., im 3. Lehrjahre 55 M., im 4. Lehrjahre 70 M.

Das neue Lohnabkommen der Buchbinder. Der Buchbinderverband hat nach hartnäckiger Verhandlung in Leipzig am 4. September mit dem Arbeitgeberverband der Papier verarbeitenden Industrien („Apt“) ein neues Lohnabkommen getroffen. Die alten Vereinbarungen hatten allerdings noch bis Ende September Geltung, konnten aber bei der großen Notlage der Kollegen und Kolleginnen in den Buchbindereien auch nicht entfernt mehr als eine den jetzigen Lernerwerbverhältnissen entsprechende Entlohnung angesehen werden. Ebenso wie der Arbeitgeberverband der deutschen Etuis- und Kartonomanfabriken mußten die „Apt“-Verbände die Notwendigkeit einer Lohnerhöhung einsehen. Bei den Verhandlungen vertrieben die Unternehmensvertreter einen Vorstoß gegen die im Buchbindereigewerbe vielfach bestehende 46stündige Arbeitszeit. Die Arbeitervertreter im Tarifauschuß erklärten ihnen aber, daß die Frage der Arbeitszeit aus den Verhandlungen über ein neues Lohnabkommen auszuschließen habe, ein Festhalten der Unternehmer an dieser Forderung würde Abbruch der Verhandlungen bedeuten. Nach drei Verhandlungstagen kam ein Abkommen zustande, das eine Erhöhung der Stundenlöhne vorsieht. Die Erhöhung erfolgt in zwei Raten, von denen die erste mit der ersten vollen Lohnwoche des September und die zweite im November fällig wird. Die seit Mitte Juni erfolgten Sonderzulagen für einzelne Orte oder Betriebe werden angerechnet. Die Zulagen bewegen sich bei den lebigen Gehilfen (6 Lohnklassen) in der 1. Drückklasse zwischen 80 Pfg. und 1,20 M. stündlich, bei den verheirateten Gehilfen (4 Lohnklassen) zwischen 1,10 M. und 1,40 M. Der Stundenlohn der Arbeiterinnen wird erhöht um 50 Pfg. bis 25 Pfg. Von diesen Stundenzulagen kommt für September 7/8 bis 3/4 und der Rest in der ersten Lohnwoche des November zur Auszahlung. Der Reichslohnstarif wurde bis 31. Dezember verlängert, doch erklärten sich die Unternehmer bei Einsehen einer neuen Lernerwerbsschwelle vorher zu Verhandlungen bereit.

Die Kosten der Lebenshaltung waren in Groß-Berlin im August 1921 infolge der Preissteigerung für Kleidung und viele Nahrungsmittel höher als in jedem einzelnen Monat seit Juni 1920. Teurer als im August 1920 waren vor allem Brot, Nahrungsmittel, Kartoffeln, Gemüse, Zucker und Milch. Für die rationierten Lebensmittel ergab sich vom August 1921 bis August 1921 im ganzen eine Verteuerung auf das 13fache. Als rationierte Mengen kamen im vergangenen Monat für 23,90 M. Brot und 9,20 M. Zucker, also zusammen für 33,10 M. zur Verteilung. Dafür hätte man vor acht Jahren 2,48 M. bezahlt. Die Nahrungsmittel, die man dazu kaufen mußte, um leben zu können, stellten sich für ein Kind von 6 bis 10 Jahren auf 24.— M., für ein Frau auf 46,50 M., für einen Mann auf 61,50 M. Um das Existenzminimum zu erreichen, muß man dazu die Ausgaben für Miete, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung usw. hinzuzählen. Alles in allem genommen ergibt sich zum Schluß als wöchentliche Mindestausgabe für einen Mann die Summe von 165 M., für ein Ehepaar von 251 M., und für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 339 M. Der tägliche Mindestverdienst hätte demnach für einen Mann 27 M., für ein kinderloses Ehepaar 42 M. und für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 6 bis 10 Jahren 57 M. betragen müssen. Das ergibt auf das Jahr umgerechnet ein Existenzminimum von 8600 M. für den alleinlebenden Mann, oder 13 100 M. für das kinderlose Ehepaar, oder 17 700 M. für das Ehepaar mit zwei Kindern. In dem Existenzminimum in Groß-Berlin gemessen, ist die **M a r t** jetzt etwa 9 P f. wert.

Die freien Gewerkschaften im Jahre 1920 haben nach den dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund von den Zentralverbänden zugegangenen Berichten ihren Mitgliederstand noch bedeutend vermehrt. Das „Correspondenzblatt“ schreibt darüber, daß das Jahr 1920 durch eine stürmische Aufwärtsbewegung der Mitgliederzahl gekennzeichnet wurde, während das vergangene

Zahl im Zeichen der Befestigung des gewaltigen Machtwachses stand. Die Schlußzahlen des Berichtsjahres weisen aber weiterhin eine erhebliche Steigerung nach. Im ganzen sind 678 328 neue Mitglieder von den Gewerkschaften aufgenommen worden. Am Schlusse des vierten Quartals zählten die freien Gewerkschaften 8 025 6-2 Mitglieder, unter denen 1 697 939 weibliche waren.

Dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund gehören 52 Zentralverbände an. Die Gesamtzahl der Zweigvereine der berichtenden Verbände betrug 27 239 gegen 23 862 im Jahre 1919. Die enorm gestiegenen Einnahme- und Ausgabeposten der freien Gewerkschaften sind in der Hauptsache auf die Geldentwertung zurückzuführen. Dazu trägt aber auch der gestiegene Mitgliederbestand wesentlich bei. Die Gesamteinnahmen bezifferten sich auf 747 114 439 M. Die Gesamtausgaben betragen 543 814 615 M. Da der Metallarbeiter-Verband und der Landarbeiter-Verband keine Angaben über ihren Vermögensbestand machen, ist der Nachweis über die Finanzen der Zentralverbände leider nicht vollständig. Mit Ausnahme der beiden angeführten Organisationen weisen die übrigen Verbände einen Kasseeinstand von 268 469 522 M. auf. Ueber die Entwicklung der Verbände im Jahre 1920 soll eingehend berichtet werden, wenn das Gesamtergebnis der aufgenommenen Statistik vorliegt. Aber die schon jetzt vorliegenden Zahlen beweisen, daß der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund seine Position im Berichtsjahre trotz aller Stürme nicht nur behauptet, sondern noch mehr befestigt und verstärkt hat. Das „Korrespondenzblatt“ schreibt daher mit Recht: „Dieses Willkürherrscher gewerkschaftlich organisierter Arbeiter nimmt im Wirtschaftslieben des Volkes eine achtunggebende Stellung ein, deren Grundlagen nicht mehr erschüttert werden können.“

Der 11. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands wird in der Zeit vom 19. bis 24. Juni 1922 stattfinden. Der Tagungsart ist noch nicht bestimmt.

Gewerkschaften und Genossenschaften. Die Mitgliederzahl der dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Gewerkschaften stieg im Jahre 1920 im Jahresdurchschnitt von 5 479 073 auf 7 890 102. Vergleicht man damit die Mitgliederzahl der dem Zentralverbande deutscher Konsumvereine angeschlossenen Genossenschaften, dann ergibt sich, daß noch viele Hunderttausende Gewerkschaftler ihren Lebensbedarf unter Vereinerung privatkapitalistischer Unternehmer decken. Der genossenschaftlichen Werbearbeit steht also noch ein weites Feld offen.

Verantwortlichmachung der Buchdrucker-Gehilfen für den Inhalt einer Drucksache. Vom Reichsminister der Justiz erhielt das Tarifamt in Ergänzung des bereits veröffentlichten Vorbescheides nachstehende Mitteilung:

„Die Eingabe vom 29. Juni d. J. hat mir Veranlassung gegeben, die Frage der Verantwortlichkeit für den Inhalt eines Preßereignisses mit den beteiligten Dienststellen zu erörtern. Als Ergebnis dieser Erörterungen habe ich an sämtliche Landesjustizverwaltungen das abschriftlich beiliegende Rundschreiben erlassen. Ich darf annehmen, daß hierdurch die in der Eingabe geltend gemachten Bedenken ihre Erledigung gefunden haben.“ (Sollt nachstehendes Rundschreiben):

„Das in der Sitzung des Reichstags vom 1. Juli dieses Jahres (Sten. Ber. S. 4251) bei der Erledigung der Anfrage Nr. 888 der Abgeordneten Pleitner und Genossen zur Sprache gebrachte Vorgehen des Vertreters der Anklagebehörde bei dem außerordentlichen Gericht in Breslau und auch meine ebenda abgedruckte Mitteilung in der gleichen Angelegenheit an den Breslauer Buchdrucker-Gehilfen-Verein sind dahin verstanden worden, daß das technische Personal einer Druckerei sich der Beihilfe zu einer durch den Inhalt einer Druckchrift begangenen strafbaren Handlung schon dann schuldig mache, wenn es unterlasse, seine Drucksache zu prüfen. Diese Annahme trifft nicht zu und findet auch in dem Inhalte der bezeichneten Mitteilung keine Stütze.“

In der Rechtsprechung und Rechtslehre ist anerkannt, daß dem Drucker eine Kontrollpflicht hinsichtlich des Inhalts der Erzeugnisse der Druckerei allgemein und unterschiedslos nicht auferlegt werden kann, und daß, soweit sie fehlt, nicht einmal eine Verantwortlichkeit des Druckers wegen Fahrlässigkeit auf Grund des § 21 des Preßgesetzes besteht (vergl. Entscheidung des Reichsgerichts in Strafr. Wb. 32 S. 220). Aber selbst wenn der Drucker von dem Inhalte des Preßereignisses Kenntnis erhalten hat, kann er nicht ohne weiteres wegen Beihilfe zu der durch das Preßereignis etwa begangenen strafbaren Handlung bestraft werden. Eine Strafbarkeit wegen Beihilfe kann vielmehr für den technischen Angestellten nur dann in Frage kommen, wenn er in einzelnen Fällen nicht nur den strafbaren Inhalt des Druckwerks tatsächlich erkennt, sondern darüber hinaus auch in dem Bewußtsein gehandelt hat, daß seine Tätigkeit die in dem Inhalte des Druckwerks liegende Straftat fördern werde.

Mit Rücksicht auf die Erregung, welche Anlaß gegeben hat in den Kreisen der technischen Angestellten der Druckerei hervorgerufen hat, darf ich ergebens anheimstellen, die Staatsanwaltschaften in dem angegebenen Sinne zu verständigen.“

Gewerbliche Hautkrankheiten, unter denen auch unsere Kollegen zu leiden haben, sind bedeutend häufiger als die meisten glauben. Herrheimer bringt in der Deutschen medizinischen Wochenschrift eine Uebersicht über diese gewerblichen Hautkrankheiten, die beweist, wie sehr diese Krankheiten unter fast allen proletarischen Berufen verbreitet sind. Es bekommen diese Leiden bei

Zementarbeiter durch Aalkalkung, die Drucker und Hilfsarbeiter durch Klebmittel, die Hutarbeiter durch mit Schwefelsäure angesäuertes Wasser, die Gärtner durch verschiedene Blumen wie Wermeln, die Pflegerinnen durch Formalin, Karbol, Sublimat usw., die Metallarbeiter durch denaturierten Spiritus, Schmelze usw.

Arbeitszeit und Bildung. Das Soziale Museum in Frankfurt am Main legt für die Jahre 1918 und 1919 einen Rechenschaftsbericht vor. Im Jahre 1919 haben sich 158 Auskunftsstellen in den verschiedensten Angelegenheiten an das Museum gewandt. Die Anfragen wurden beantwortet durch Vorschläge, Gutachten, Literatur, Vorträge und Uebersetzung von Material. Auch Arbeitnehmervertretungen bitten in steigendem Maße um Auskunft. Die Bibliothek des Museums, die im Dezember 1919 insgesamt 13 970 Bände umfaßt, wurde im Jahre 1919 von 6432 Personen benutzt. Die Zahl der entliehenen Bände war 5260. Meist in den fünf ersten Monaten 1920 stieg die Zahl auf 5725 Entleihen. Der Bericht betont ausdrücklich, daß die Leserschaft aus den Arbeiter- und Angestelltenkreisen, die früher gleich null war, stark zugenommen hat. Wir gehen ferner nicht fehl, wenn wir diese Zunahme mit der Einführung des Achtstundentages in Zusammenhang bringen. Mit Literatur kann sich niemand beschäftigen, dem die nötige Muße fehlt. Darum konnte die Zahl der Arbeiterbenutzer früher bei weitem nicht so groß sein wie jetzt. Der Bericht des Sozialen Museums ist daher ein schlagender Beweis für die ungeheure kulturelle Bedeutung, die der Achtstundentag im Gefolge hat. Er ist zugleich ein untrüglicher Beweis für die kulturelle Bedeutung, die all die durch den gewerkschaftlichen Kampf errungenen wirtschaftlichen Verbesserungen mit sich bringen.

Eingegangene Druckchriften

„100 Milliarden neue Steuern.“ Wer soll zahlen, arbeitendes Volk oder Besitzer von Goldwerten? Von Ernst Heilmann. Preis 2,50 M. Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & Co. m. b. H.

Zu Hermann Mollenhuths 70. Geburtstag am 11. September d. J. läßt ein Jugendfreund und Weggenosse des alten Parteikämpfers, Genosse Julius Brubach, ehemals der Benjamin des Reichstages und jetzt Geseftedaltur des Offenbacher Abendblattes, seine Lebenserinnerungen unter dem Titel: „Es klingt im Sturm ein altes Lied“ bei der Buchhandlung Vorwärts, Berlin S.W. 68, demnächst erscheinen. Ganz besonders soll das Buch unserer Arbeiterjugend empfohlen sein, da es ihr Kunde gibt, mit welcher Selbsterleugnung und Opferbereitschaft in der Heroenzeit der Sozialdemokratie die noch wenig zahlreichen Anhänger für die als gerecht erkannte Sache zu kämpfen und zu leiden wußten. Dieses schon gebundene Buch, das die Organisationen statt zum Ladenpreis von 14 M. wesentlich billiger erhalten sollen, ist eine besondere Würdigung und Ehrung zum 70. Geburtstag des alten und verdienten Vorkämpfers Hermann Mollenhuth. Vorbestellungen sind zu richten an die örtliche Parteibuchhandlung oder direkt an die Buchhandlung Vorwärts, Berlin S.W. 68, Lindenstraße 3.

„Am die Fahne der Republik.“ Von Dr. Gd. David. Preis 2 M. Buchhandlung Vorwärts, Berlin S.W. 68. Immer höher heben die monarchistischen Reaktionen ihr Haupt, immer dreister führen sie die Fahnen und Farben des alten Militär- und Privilegiertenstaates den Anhängern der Republik vor die Augen. Diese aber lassen sich das ruhig gefallen und machen keine Anstalt, die Wahrzeichen der Monarchie durch die Republik zu verdrängen. Diese Lässigkeit kann gefährlich werden. Es ist hohe Zeit zur Gegenwehr. Das Schriftchen von David bietet scharfgeschliffene Waffen aus Geschichte und Gegenwart für diesen Kampf um die Ehre der Republik und ihrer Hoheitszeichen. Wägen alle, denen die Erhaltung und Festigung der Republik am Herzen liegt, von dem gebotenen Material rechtlichen Gebrauch zu machen!

Die Schwelle. Unter diesem Titel erschien soeben in der Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, Berlin E. 2, ein Buch, das besonders für Jugendweihen und Schulentlassungsfeier bestimmt ist. Es sind Gedichte und Gedankensätze für die proletarische Jugend, herausgegeben von Rudolf Schwarzkopf. Mit zahlreichen Bildern und Zeichnungen von Hans Ballusche. Ein Buch, das in die Hand der Jugend gehört wie kein zweites. Der Preis von 12 M. für das schön gebundene Buch ist verhältnismäßig niedrig und in Anbetracht aller Umstände als außerordentlich niedrig zu bezeichnen. Organisationen, denen bei größeren Bezügen dieser Preis noch bedeutend ermäßigt wird, wollen sich direkt an die Buchhandlung „Freiheit“, Berlin E. 2, wenden.

Wirtschaftliche Schulungsarbeit und gewerkschaftliches Führertum. Von Dozent Richard Wolbt, Referent im Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung. 100 Seiten. Preis geheftet 8 M. Verlag von Duelle u. Meyer in Leipzig. 1921.

Der Ausgang des Krieges und der Verlauf der Revolution haben auch für Deutschland die Stellung des Arbeiters zum Staat und zur Wirtschaft grundlegend verändert. Alte Autoritäten sind zusammengebrochen, neue Rechtsformen müssen sich durchsetzen. Das gilt nicht zuletzt für die Wirtschaft. Auch hier wird die Wirtschaftsaufklärung durch die Wirtschaftsdemokratie verbrängt. Die vorliegende Arbeit schildert in vorbildlich klarer Weise die Aufgaben einer solchen wirtschaftlichen Schulung, besonders unter dem Gesichtspunkt an die Massenbewegung der Gewerkschaftsbewegung heran-

zukommen. Von der veränderten Stellung der Gewerkschaften zum Staat und der Wirtschaft ausgehend, bezieht er die staatlichen Schulungspläne für die Gewerkschaftsarbeit. Die Versuche gewerkschaftlicher Selbsthilfe auf diesem Gebiet werden an markanten Beispielen erläutert, um nach den bisherigen Erscheinungen ein Bild zu gewinnen, welche Probleme sich hier ergeben. Da der Verfasser unmittelbar der Bewegung steht und ihm als Referent im Ministerium für Unterricht reiches Erfahrungsmaterial zur Verfügung gestellt ist, so sind seine Ausführungen von ganz besonderem Interesse. Bei der Wichtigkeit des Themas ist das Buch für weiteste Kreise von großer Bedeutung, um so mehr, als Wolbt eine Reihe praktischer Vorschläge und Anregungen für die Durchführung der eigenartigen und komplizierten pädagogischen Arbeit gibt.

Der Werdegang der Arbeiter-Jugend-Internationale. Im Verlag der Arbeiter-Jugend-Internationale ist soeben eine Schrift erschienen, die die Entstehung und die Ziele dieser jungen internationalen Verbindung darlegt. Sie enthält außer einem wertvollen einleitenden Beitrag des Vorsitzenden der Internationale, Genossen Wood, Berichte über die Konferenzen in Kiel, Hamburg und Amsterdam. Ihnen folgen die Beschlüsse der Amsterdamer Gründungskonferenz. Weg und Ziel der internationalen sozialistischen Jugendarbeit sind darin festgelegt. Für alle in der Bewegung tätigen Freunde ist die Schrift außerordentlich wertvoll, da die Arbeiter-Jugend-Internationale besonders nach ihrem so erfolgreichen verlaufenen Jugendtag in Bielefeld in der sozialistischen Jugendarbeit eine große Bedeutung erlangen wird. Die Schrift ist in Deutschland zum Preise von 3 Mark vom Hauptvorstand des Verbandes der Arbeiter-Jugendvereine Deutschlands, Berlin S.W. 68, Lindenstraße 3, zu beziehen.

Eine Zeitschrift der Arbeiter-Jugend-Internationale. Am 1. Oktober wird die erste Nummer der neuen Monatschrift der Arbeiter-Jugend-Internationale „Die Arbeiter-Jugend-Internationale“ erscheinen. Sie wird für alle Gebiete der Arbeit in der internationalen sozialistischen Jugendarbeit Anregungen geben, über den Stand der Organisationen in den angeschlossenen Ländern berichten und für den engeren Zusammenschluß der internationalen angeschlossenen Organisationen und ihrer Jugend im Sinne der sozialistischen Weltanschauung wirken. Die Zeitschrift kann schon jetzt für Deutschland beim Hauptvorstand des Verbandes der Arbeiter-Jugendvereine Deutschlands, Berlin S.W. 68, Lindenstr. 3, bestellt werden. Der Abonnementpreis beträgt pro Jahr und Exemplar 12 M. Die Organisationen erhalten bei Abnahme mehrerer Exemplare Preisermäßigungen. Bei der Bestellung ist der Betrag von 3 M. für das 4. Quartal 1921 auf das Postcheckkonto Aug. Abrecht, Berlin 77 366, einzuzahlen.

Friedrich M. Mind „Materialeffekt Rot“. Brosch. 8.— M., geb. 12.— M. Verlag Gesellschaft und Erziehung G. m. b. H., Berlin-Friedenau.

Ein sehr lesenswertes Buch. Friedrich M. Mind, ein deutscher Volkswirtschaftler, mit kommunistischen Anschauungen, der eine achtmonatliche Forschungsreise nach Rußland unternommen hat, schildert in langjähriger Form seine russischen Beobachtungen und Erfahrungen. Sein Buch ist ein wertvoller Berater für die künftige Einstellung der deutschen Arbeiterkraft zu Rußland. Durch seine Sachlichkeit und durch sein strenges Bemühen, die Dinge nicht zu beschönigen, sondern sie wirklich zu sehen, wird es viel dazu beitragen, das russische Problem aus dem Nebel politischer Phantasieren in die nüchterne Wirklichkeit zu tragen.

Tarifamt der Deutschen Buchdrucker

Bekanntmachung.

Tarifkreis V (Bayern). Zum Prinzipals-Preisvertreter wurde gewählt Herr Theodor Dieß i. Fa. Bayerische Geschäftsbücherei und Buchdruckerei Dieß u. Friedrich, Komm.-Bez., München, Luitpr. 15.

Preis VIII. Prinzipals-Preisvertreter: Herr Dr. Fernatini, Fa. Emil Hartmann, Berlin S.W. 11, Königgräberstr. 40/41. — Herr Dr. Elias i. Fa. Gebrüder Radeff, 2. Stellvertreter.

Arbeitsnachweis betreffend:
Barmen. Verwalter: W. Quaschnitzky, Barmen-N., Siegelstr. 36 II.
Kaiserslautern. Verwalter: G. Krautwurst, Kaiserslautern, Eichenstr. 8.

Schiedsgerichte betreffend:
Berlin. Prinzipalswahl: Ernst Santsche, i. Fa. Winterfeld u. Santsche; Felix Kunz, i. Fa. Thormann u. Giesch; Otto Rabe, i. Fa. G. Berg; Friedrich W. Schmidt, i. Fa. Otto Eisner u. Co.
Kaiserslautern (Pfalz). Prinzipalswahl: Heinrich Merzel, Friedrichstr. 62, Vorfständer; Georg Gehring, Richard Rühr, Weißer; sämtlich in Kaiserslautern.
Berlin, 22. August 1921.

J. A. Paul Schliebs, Geschäftsführer.



Unserer Kollegin Frieda Wirtz nebst Gemahl zu ihrer stattgehobenen Vermählung herzlichsten Glückwunsch.
Bäckerle Café.